

Hallesche Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.50 Reichsmark, durch Einzelbestellung 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark n. 40 Pfennige Zustellgebühr. € 4.00 des Anzeigen-Rahmens; je ein vierteljährlicher. Die Anzeigen werden nach Rahment-Zeiten berechnet, die Zeile 0.25 Reichsmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Mitteldeutschen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung, Verlangen, diese Preisnahme in u. 0.60. Bezahlungstermin 17. September. Einzel-Anzeiger 150. Betriebs-Zustellung. „Hallesche Zeitung“ Halle. Post-Zustellung: Postfach 2001. Kreis-Verwaltung: Postfach 2001. Kreis-Verwaltung: Postfach 2001.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Am Sonnabend wurde der I. Deutsche Naturwissenschaftler Tag in München mit der Eröffnung der Naturwissenschaftlichen Ausstellung der führenden Männer der Deutschen Naturwissenschaftler und zahlreicher auswärtiger Gäste eröffnet.

Aus Saarbrücken wird gemeldet: Der christliche Metallarbeiterverband hat folgende Empfehlung an seine Mitglieder gerichtet: Nachdem die beiden großen Bergarbeiterorganisationen den Streik für den 27. Juli beschließen haben, tritt für die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Erben- und Metallarbeiter der Beschäftigten der Deutschen Metallindustrie vom 25. d. M. in Kraft, Solidarität zu üben.

Die Räumung der Stadt Essen ist im vollen Gange. Größere Truppenteile mit Geschützen und sonstigem Gerät sind in den letzten Tagen aus der Stadt abgerückt. Ueber den Termin der endgültigen Räumung steht noch nichts fest.

Aus Nachrichten aus Paris wird in offiziellen Kreisen davon gesprochen, die Aufhebung der parlamentarischen Immunität während der Verleumdungen der Reichsregierung durch Abgeordnete unmöglich zu machen. Es wurde u. a. die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Cahain und Doriot erwogen.

Wie das Pariser Finanzministerium bekannt gibt, seien die französischen Finanzadvisoren heute nach London, um mit dem englischen Schatzamt die Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschulden fortzusetzen. An der Spitze der Mission steht der Direktor der Bank von Indos-China de la Champagne.

Aus London wird gemeldet: Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cod erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern: Aus den Bemerkungen verschiedener Staatsmänner, darunter auch des Premierministers müsse man schließen, daß die Hoffnungen für die friedliche Regelung der Bergarbeiterfrage sehr gering seien. Diese Staatsmänner hätten nicht weiter vorzuschlagen, als daß die Bergleute einen Kompromiß eingehen sollten. Die Bergleute würden aber bestimmt keine Vereinbarung annehmen, die eine längere Arbeitszeit oder eine geringere Bezahlung als im Jahre 1914 vorsehe.

Nach einer Bergarbeiterverleumdung in Kurhan wurde der Bischof von Kurhan, Bischof Weiden, von der Menge tätlich angegriffen, weil er sich früher in einer öffentlichen Rede gegen den Streik ausgesprochen hatte. Der Bischof mußte von der Polizei in Sicherheit gebracht werden. Dem Oberster zufolge streiten im Textilgebiet von Horthöhe und Lancafer 123.000 Arbeiter.

Zwischen Österreich und Ungarn ist es anlässlich der gegenseitigen Wirtschaftsverhandlungen zu heftigen Differenzen gekommen. Ungarn wirft der Wiener Regierung vor, daß sie gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie mache, um Ungarns Konkurrenzfähigkeit durch Kartelle zu schädigen. Ungarn werde sich genötigt sehen, mit hohen Subventionen zu antworten. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Entschädigung Ungarns für die in Wien verbliebenen aus Ungarn kommenden jüdische wieder angesprochen, unter denen sich der berühmte Goldschlag der Villa befindet.

Zur Förderung des Getreidebanans hat die italienische Regierung mit sofortiger Wirkung folgende Zölle eingeführt (Pro Doppelzentner in Goldlire): Weizen 7,5, Roggen 4,5, Hafer 3,4, Getreidemehl 7,5, Roggenmehl 6,5, Hafermehl 5, gelber Mais 3,15, Gerst 1,5, Getreideweizen 16, Schiffszweck 16, Kleie 2.

Ferner werden Kreditvereinfaltungen für die Landwirte angeordnet.

Dem Pariser „Journal“ wird aus Madrid gemeldet, daß zwei französische Patrouillenfahrzeuge ein großes Motorschiff vertrieben, das in der Richtung auf Gibraltar fuhr und dessen Besatzung auf die Signale der Patrouillenfahrzeuge keine Antwort gab. Die Besatzung ist untergegangen.

Die Nachricht, daß ehemalige Angehörige eines amerikanischen Fliegergeschwaders sich erhoben haben, in der französischen Armee an der Marocko-Front gegen Abd el Krim teilzunehmen, wird von der öffentlichen Meinung Ägyptens erregt kommentiert. Dem amerikanischen Botschafter in Kairo sei eine Eingabe überreicht worden, in der gegen diesen Schritt der Amerikaner protestiert wurde.

England und die deutsche Antwort.

Verschiebung der Abrüstungsfrage.

Garwin über die deutsche Sicherheitspaktnot.

Garwin schreibt im Observer: „Die deutsche Antwortnote zum Sicherheitspakt ist eines der glücklichsten Dokumente, die man seit Jahren gesehen hat. Der einzige Zweifel ist nur, ob sie nicht für ihren Zweck viel zu langsam ist. Wenn man nämlich den Fall fest, daß der Abschluß des tatsächlichen Paktes noch immer das wirkliche Ziel Berlins sei. Je länger man die deutsche Antwort zusammen mit den Erläuterungen und Erklärungen der deutschen Staatsmänner in Paris studiere, desto erregter wird man dort und desto gereizter das Mißtrauen.“

Die Erklärungen des Herrn Dr. Stresemann sind einbringlich im Ton und musterhaft in Form und Logik, aber sie zeigen eine gewisse Neigung, daß das, was jetzt erreicht werden könnte, zu operieren für Probleme, die eigentlich zu langsam zu erreichen sind. Stresemann macht es vielleicht deutlicher, als es in seiner Antwort lag, daß das erste Interesse der deutschen Politik darin bestehe, die engen diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufrechtzuerhalten.“

Garwin fährt fort:

„Daß das entworfenste Deutschland kein Durchzugsrecht für seine bewaffneten Nachbarn anerkenne, sei an sich begründet, aber in ihrer Wirkung laufe sie darauf hinaus, einen etwaigen russischen Angriff auf Polen zu erleichtern und Großbritannien wie Frankreich in einem solchen kriegerischen Fall in Verlegenheit zu bringen oder zu trennen.“

Weiterhin findet es Garwin überflüssig, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung aufgeworfen und daß auf eine größere Beilegung der Räumung des Rheinlandes hingedeutet werde.

Deutschland müsse danach streben, das Mißtrauen Frankreichs zu beseitigen, nicht etwa zu erregen. Zum Schluß drückt der Verfasser die Befürchtung aus, man müsse jetzt mit der Möglichkeit rechnen, daß der große Plan des Paktes der Westmächte zu keinem Ergebnis führe, denn bei den Franzosen herrsche nun einmal — ob mit Recht oder nicht, bleibe unerörtert — das Gefühl vor, daß sie in eine Falle gelockt würden.

Baldwin zur Sicherheitsfrage.

In einer Rede über die außenpolitische Lage, die der Premierminister Baldwin in einer konservativen Versammlung in Knowsley hielt, sagte er u. a.: Das bedingende Merkmal der außenpolitischen Lage ist der offenbare Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, daß die Verhandlungen, die auf einen dauernden Frieden in Europa hinführen, fortgesetzt werden.

Wir und Frankreich wünschen, daß Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund eintritt. Es ist wahr, daß Deutschland noch immer mißtraulich ist, wenn es von der Gefahr spricht, eine entwaffnete Nation inmitten bewaffneter Nachbarn zu sein. Aber Deutschland hat das Recht, über diese Dinge gehört zu werden, wenn es Mitglied des Völkerbundes ist.

Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Frieden Europas sichern können, aber wir machen Fortschritte und wir erkennen an — wie dies auch die Franzosen tun —, daß es drei Etappen zum Frieden gibt: Sicherheit,

Schiedspruch und Abrüstung. Wir entwerfen jetzt die Maßnahmen für die Sicherheit, die auch bei der Einleitung der Schiedsgerichtsbarkeit helfen werden.

Wenn wir diese beiden Etappen erfolgreich zurücklegen, werden wir schon viel getan haben, um die Annahme der größeren Frage, der Verminderung und Einschränkung der Rüstungen vorzubereiten, wozu die Mächte, die den Versailles Vertrag unterzeichnet haben, sämtlich verpflichtet sind.

Chamberlain über die Sicherheitsfrage.

In einer Rede in Birmingham erklärte der Leiter der englischen Außenpolitik Außenminister Chamberlain u. a.: Die deutsche Regierung hat auf die französische Note über den Sicherheitspakt geantwortet. Diese geantwortet an sich nicht so entsätzlich darüber, daß die deutsche Antwortnote so gehalten ist, daß meines Erachtens weitere schriftliche Meinungsäußerungen ganz unvermeidlich werden, anstatt, daß die Vertreter der beteiligten Länder sich zu einer persönlichen Aussprache verfangen könnten, um eine allseitig befriedigende Vereinbarung zustandezubringen. Ich erkenne jedoch an, daß die Note von dem Wunsch ditiert ist, die Vorschläge für einen gegenseitigen Sicherheitspakt, die von der deutschen Regierung selbst ausgingen, von der englischen Regierung begrüßt und von den verbündeten Regierungen Frankreichs und Belgiens im Laufe und nicht im Entgegenkommen beauftragt wurden, weiter zu fördern.

Die Räumung des Ruhrgebietes und der drei Sanktionsstädte ist im Gange oder heftig bevor, und wenn Deutschland, wie ich hoffe, ehrlich und reibungslos die restlichen Forderungen der Alliierten in der Entnahmungsfrage erfüllt, so werden die Alliierten ihrerseits veranlassen, daß kein Zusammenstoß mit der ersten Zone des belehnten Gebietes von fremden Truppen befreit wird.

Aus diesen drei Äußerungen geht eines übereinstimmend hervor: Der Kern der deutschen Anstrengungen, durch einen Sicherheitspakt die im Friedensvertrag vorgesehene allgemeine Abrüstung herbeizuführen, soll verschoben werden. „Erst Sicherheit, dann Schiedsgericht und dann — irgendwann in weitester ferne Abrüstung“, so antworten die Engländer. Und die Franzosen reden von einem deutschen Betrugsmännchen.

Keine Washingtoner Abrüstungskonferenz.

Einer Washingtoner Meldung des Daily Telegraph zufolge hat Präsident Coolidge durch einen offiziellen Wortführer der Presse mitgeteilt, daß die Regierung nicht in der Lage gewesen sei, eine Einladung zu einer weiteren Abrüstungskonferenz in Washington für diesen Herbst anzunehmen, weil sie noch nicht sicher sei, daß Deutschland den Sicherheitspakt unter Bedingungen unternehme, die die Aufrechterhaltung großer Streitkräfte zu Lande und zu Wasser unmöglich machen würde. Die Ausnahmen, daß in diesem Jahre in Washington eine Konferenz stattfinden werde, seien danach entscheiden unangünstig. — Und natürlich ist Deutschland als Sünderböck bezeichnet!

Schritte zur Disbezugmachung untersuchen werde.

Nach Meldungen aus Schanghai scheint der dortige Streit der Hafenarbeiter dem Ende zuzugelen. In zahlreichen Versammlungen wurde gegen die auf Anordnung des Kommandanten der Mandschu-Gruppen im Gebiet von Schanghai erfolgte Schließung mehrerer Gewerkschaftsbüros protestiert. — Demnach scheint es den Engländern usw. nach bewährtem Rezept zu gelingen, den außenpolitischen Streit auf internationalisiertes Gebiet abzulenkten, was wie 1918 in Deutschland dem Zusammenstoß des Freiheitskampfes führen würde. Offenbar spielt in China die Schließung der Generale mit ausländischem Gelde eine große Rolle.

Litauische Politik.

Litauische Defensivität hat so viel mit eigenen Sorgen zu tun, daß sie sich Zeit und Interesse bleibt, sich um die Geschicke im Ausland zu kümmern, wenn diese nicht direkt auf die litauische auswärtige Politik Bezug haben. Zwar wurden in der deutschen Presse einige Telegramme über schwere Zusammenstöße zwischen dem Parlamentarismus der litauischen Parteien aber nur die äußeren Verhältnisse und leuchteten nicht in die inneren Zusammenhänge hinein. Da nun Deutschland nicht nur Litauens Grenzschmelze ist, sondern auch ein abgetrenntes Reichesgebiet vieler Schicksale, die Litauen einmalig im Laufe der litauischen Zusammenhänge darstellt.

Seit Jahren wird die Regierung in Litauen von den Christlichen-Demokraten geführt, die je länger desto mehr nicht nur ein einheitliches Partei-regiment aufweist haben, sondern deren Führer auch eine neue erziehlige Litauischenbewegung betreiben, die sich den Versuch auf sehr unruhigen Litauen mit 70 Mandaten besitzt die Partei 40 — so kann dieses Regime nur durch Anhebung der parlamentarischen Deputation und der gesamten Öffentlichkeit aufrecht erhalten werden. Dieses ist der Grund, warum die litauische Regierung ihren Schlußakt alles daran legt, die Wahlen im November für das Parlament hinauszuverschieben. Nach den kürzlich polgeordneten Kreiswahlen unterliegt es nämlich keinem Zweifel mehr, daß die sechs Wählermandate für das litauische Parlament in Litauen zu gewinnen sind. — Damit wäre es mit der christlich-demokratischen Herrschaft zu Ende, und es würde zu einer Sozialistischen-regierung der bisherigen Opposition kommen.

Am an der Herrschaft zu bleiben, was für die Führer, aber auch für die Partei, große materielle Vorteile abwirft, hat das Kabinett Mussolitus nun vollständig abgelehnt. Die litauische Herrschaft ist als ein Geschenk der litauischen Regierung an ein literarisches Werk, sagte die Rechte der Volksstimme der Richterinnen ein und hat ein neues Wahlgeld, das besonders für die Partei der Christlichen-Demokraten zugesprochen ist. Die Rechte der litauischen Regierung sind wie in Italien nicht umsonst vor der litauischen Ministerpräsident nach Rom gefahren, um Mussolitus Paris an Ort und Stelle zu studieren — haben in Litauen politische Grundbesitz geschaffen. In Litauen ist nicht nur eine Zeitung für die litauischen, die aber sehr Nachrichten und keine Kritik politischer Zustände mehr bringen, sondern es finden auch keine öffentlichen Versammlungen mehr statt.

Die Christlichen Demokraten hoffen durch den Ausfall der politischen öffentlichen Tätigkeit bei dem Versuch, sich zu versammeln, um der Opposition so viel Mandate erobert zu können, daß das Ansehen der deutschen Rechte: von zwei auf drei verdoppelt wird. Das aber ist nach Ansicht außer Kenner der Verhältnisse nicht unwahrscheinlich. Gewalttätige auch bei den Wählern der Christlichen Parteien nicht annehmen Bestial findet. Die Kaufkraftverhältnisse sind ebenfalls sehr niedrig, nachdem die erditterte dagegen antäufelnde Opposition durch gewaltsamen Auschluss ihrer Führer und Mitglieder gemacht worden war. Große Anstrengungen ergaben es allerdings in Litauen in die Verfassung des Parlaments den alten Vorparlament der litauischen Freiheit in der russischen Zeit. Dr. Grinius, einer der besten und weisesten Männer, durch die Parliamentswahlen hinausgeschoben liegt. Nur weil er mit größter Originalität und Beredsamkeit die litauische Situation mit den verdächtigen Weg der Unabhängigkeitserklärung zu befestigen. Da der litauische Dr. Grinius weit über seine Partei hinaus großes Ansehen in Litauen genießt, wurde von der Regierung verboten, über die Sitzung auch nur eine Zeile zu berichten.

Besonders an der Spitze der Christlichen-Demokraten mehrere katholische Geistliche stehen, die ihre Verhältnis zu dem Kaiser sehr schlecht. Es ist doch schon längst gekommen, daß der litauische Gebirge beim Kaiser abzuweihen ist, weil der Staatssekretär Gasparin der litauischen Regierung mitteilen ließ, ihr Vertreter sei eine persona non grata. Der Gesandtschaft wurde daraufhin inbezug gelassen, und der Vertreter des Papstes in Romo verließ Litauen. Der Staatssekretär teilte dabei in nicht missverständlicher Weise mit, daß er die Tätigkeit katholischer Geistlicher als Disbezugnoten oder auf anderen Punkten im litauischen Gebiet nicht kühn; trotzdem hat sich bisher in dieser Hinsicht in Litauen nichts gemeldet.

Unabgeklärt dieser neuen erziehligen Verhältnisse bleibt Litauen ein Lebensfähig. Dieses ist ein litauische Bauernvolk eine viel zu geringe Bildungsschicht besitzt und das daher nicht, selbst höhere Beamtenstellen, mit Persönlichkeit belegen werden sind, die in russischer Zeit nur ganz subalterne Stellen innehaben. Neben vieler aus russischer Beamtenschaft abzunommener Korruption gibt es im litauischen Bauernvolk eine viel zu geringe streben vorwärts zu kommen. Und unter den Beamten sind nicht wenige Elemente vorhanden, welche energetisch gegen die litauische antäufeln. So hat z. B. der litauische Vertreterverband unter Führung des Volkschlichters Stielis energisch gegen die nach weit mehrmalsen Besatzung auf

das Schwelgen der Arbeiterfront gemäß... (Text continues)

Zum Schluss muß noch auf die Wirtschaft... (Text continues)

Dagegen dürfte hinter die von der Regierung... (Text continues)

Annahme des Militärversorgungsgesetzes. Zum Uniformschießgesetz.

Im Reichstag wurde am Sonnabend das Militärversorgungsgesetz in zweiter und dritter Lesung endlich angenommen.

In der Aussprache wurde von den Vertretern aller Parteien die Notwendigkeit anerkannt, den nach 17jähriger Dienstzeit aus dem Reichswehr auscheidenden Soldaten eine angemessene Unterbringung und Versorgung zu gewähren. Der Personalstand in der Wehrmacht ist in ständiger Bewegung. Die Militärverwaltung hat die Aufgabe, diesen unterzubringen. Darum hatte der Reichstag Bestimmungen eingefügt, nach denen die Versorgungsberechtigten auch die Annahme von Arbeitsstellen in öffentlichen Betrieben bis zu einer gewissen Grenze eingeräumt werden soll. Dagegen erblickt sich wieder das Bedenken, daß auf diese Weise Privatangehörige aus ihren Stellen verdrängt werden könnten.

In der Aussprache bemüht sich die Vertreter der Regierungspartei um den Nachweis, daß diese Gefahr durch die Fällung der Arbeitsbeschränkung nicht gegeben sei. Der Forderung der Sozialdemokraten, die Krantentellen von der Verpflichtung zur Übernahme der Militärämter zu entbinden, wurde durch einen von den Regierungspar teien eingebrachten und vom Hause einstimmig angenommenen Antrag Rechnung getragen. Die Gesetzesvorlage wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Dann wurde schon zweimal abgelehnt. Beratung des Uniformschießgesetzes fortgesetzt und zu Ende geführt. Der demokratische Abgeordnete Dr. Haas bezieht sich auf die Stellungnahme seiner Fraktion zu der Vorlage bis nach den Ausschusssitzungen vor. Er verlangt aber jetzt schon, daß die Uniform des alten Heeres keineswegs getragen werden dürfe bei Veranstaltungen, die sich gegen die jetzige deutsche Republik richten. Diesen Charakter würden aber nach seiner Meinung alle Veranstaltungen des Deutschen Offiziersbundes und des Hülfswärter-Bundes der Kriegerehrer haben. Da diese Organisationen sich nicht gegen die Republik ausgesprochen hätten und überzeuge Republikaner in ihren Reihen nicht aufzunehmen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Sänger be kämpfte die Vorlage. Wenn man die Uniform als Symbol der Staatshoheit betrachte, dann gehe

Erzwungene Völkerwanderungen.

Die Polen werfen 35 000 angelegene Deutsche aus ihrem Lande hinaus. „Deutsche Öpantien“, nämlich löse Einwogner der von den Polen uns geraubten Gebiete, die nicht polnische Untertanen geworden sind, sondern für Deutschland optisch geblieben. Diese „Deutsche Öpantien“ sind in den als „Ausländer“ in Polen leben wollen. Unsere Gegenmaßregel besteht darin, die polnischen Öpantien in Deutschland, also bisherige deutsche Staatsbürger, die nach dem Kriege polnische Staatsbürger geworden sind, oder deren Vater oder ihren Väter über 1000 Öpantien bei uns behalten haben, annähernd 10 000 Menschen, per Soub an die polnische Grenze zu bringen und dort von den Polen abzuschieben.

Wohin von diesen Leuten, hüben wie drüben, einen lebensfähigen Erwerb hat, verliert sich. Wenn ein Ausgewandener keinen Geld verdienen will, kriegt er nur einen Vappenteil dafür. Für Zentralende heißt also große Not an. Der polnische Staat allerdings wird von „unermittlichen Elementen“ gereinigt und wird mehr und mehr zum Nationalstaat. Den fremde „Arbeiter“ nicht mehr benötigt. Es gibt ja nur zwei Wege zu diesem Zustand: Entweder entschleunigt man die Fremden indem man sie polonisiert, oder angliedert sie, was in den letzten Jahren gelang — nur die Amerikaner haben ein großes Assimilationsvermögen gegenüber allen Einwohnern fremder Nation gezeigt — oder man hebelt die eigenen Leute aus dem Auslande zurück, erzwingt also diese Völkerwanderung.

Mehr als ein Jahrtausend lang konnte man in Europa die Auswanderung nicht mehr.

Es nicht an, in der Republik gesetzlich das Recht auf das Tragen des Symbols des alten Kaiserreichs festzulegen. Dann war der lange Streit endlich abgeschlossen, und die Vorlage wurde dem Reichsanuscheil übergeben.

Regierungserklärung zum Zollermächtigungsantrag.

In der Weiterberatung der Zollpositionen Getreide, Mehl und Hadrüdste im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages wandten sich die Vertreter der Vinspartei gegen die in der Kommissionsfassung vorgesehene Zollhöhe, insbesondere gegen die Kartoffelzölle, durch die ein wichtiges Volksernährungsmittel in unrentabler Weise verteuert werde.

Min. Dir. Hoffmann vom Landwirtschaftsministerium erklärte jedoch, daß durch die beabsichtigten Zollhöhen für Kartoffeln eine wesentliche Verteuerung dieser Volksernährungsmittels nicht eintreten werde. — Dem im Kompromiß vorgesehene Mehrwert von 8 Mark bezeichnete auch die Sozialdemokraten als zu hoch; er sollte auf 7,50 Mark herabgesetzt werden.

In der Diskussion wurden dieser Antrag und die Anträge der Vinspartei zugunsten der Kompromißfassung abgelehnt. Annahme fand aber ein Antrag Vorläufer (Barr. Rp.), der den im Kompromiß vorgesehene Mehrwert von 5,50 auf 6,80 Mark erhöht.

In den Bestimmungen stimmten die Sozialdemokraten für mittlere Getreidezölle, während die Vinspartei für höhere Zölle plädierte. Der Minister erklärte, daß der Kompromiß für Kartoffeln eine wesentliche Verteuerung dieser Volksernährungsmittels nicht eintreten werde. — Dem im Kompromiß vorgesehene Mehrwert von 8 Mark bezeichnete auch die Sozialdemokraten als zu hoch; er sollte auf 7,50 Mark herabgesetzt werden.

Während der getroffene Feld sich mit den Fingern den Schaum abwische, wobei ihm Blick in dankbarer Entgegnung hinfiel, was begann der Helmenner seine vor sich das Vieh mit dem schönen Refrain zu singen: „Ohe Rod, ohne Hof, ohne Hahn...“ (Text continues)

„Wenn ein Gefäß keine höchste Höhe erreicht hat, dann schlägt es in sein Gegenteil um“, erklärte der Charakteristischer Spieler der Salobanne. Er hatte in populärwissenschaftlichen Vorträgen schon des öfters über das Wunderbare der menschlichen Möglichkeiten gesprochen und konnte diese feinsten Zusammenhänge seiner Zeitgenossen nicht orentieren.

Gemra bis Vandenbera mehr, die unter mohambanischer Gewalt herrscht zu sein, und den Krieg vorbereiten. Es gibt ungeheuerlich auch in Griechenland keine hilflose Vinderei mehr, die auf den Balkan zu führen.

Das in der Frage der deutsch-polnischen Öpantien erfahren wir noch:

Ursprünglich waren in Polen etwa 50 000 Köpfe deutscher Öpantien, einschließlich der Familien, während die Zahl der polnischen Öpantien in Deutschland auf die Hälfte ausmachte. Nach einer Feststellung, die vor einigen Monaten erfolgt ist, sind von den deutschen Öpantien noch 27 000 Köpfe in Polen. Die Zahl der polnischen Öpantien in Deutschland ist fast nicht so genau feststellbar, weil die polnische Regierung in Verbindung des abgeschlossenen Vertrages die erforderlichen Listen der Öpantien nicht mit der nötigen Genauigkeit übermittelt hat; deren Zahl ist auf etwa 13 000 bis 15 000 zu schätzen.

In der Diskussion wurden dieser Antrag und die Anträge der Vinspartei zugunsten der Kompromißfassung abgelehnt. Annahme fand aber ein Antrag Vorläufer (Barr. Rp.), der den im Kompromiß vorgesehene Mehrwert von 5,50 auf 6,80 Mark erhöht.

In den Bestimmungen stimmten die Sozialdemokraten für mittlere Getreidezölle, während die Vinspartei für höhere Zölle plädierte. Der Minister erklärte, daß der Kompromiß für Kartoffeln eine wesentliche Verteuerung dieser Volksernährungsmittels nicht eintreten werde.

Nach den Bestimmungen und ein Vertreter der Vinspartei erklärten, daß die beabsichtigten Zollhöhen für Kartoffeln eine wesentliche Verteuerung dieser Volksernährungsmittels nicht eintreten werde.

Können mit kollegialer Genügsam das kommende Engagement antreten. „Fals und Wehrisch...“ (Text continues)

Dann gingen sie auseinander. Man rief sich noch für nächsten Samstag den Treffpunkt am Bahnhof an, wo die Fahrt zur hohen Direction nach Landshut angetreten werden sollte.

Herr Hang das Leben durch die Straßen, auf denen die Sonne warm, wie verlauener Kuchenschmauch, senkten sich ein und fanden noch einmal: „Ohe Rod, ohne Hof, ohne Hahn...“ (Text continues)

„Es war am Samstag morgen. Herr Söman kam vom Nachdienst heim. In seiner Hand lag noch ein Briefchen. Die Saure hielten noch den Rest der Dienstmagd eingebracht — als einen hübschen Gegenstand für den Nachdienst. Als er eintrat, begrüßte ihn der bekannte Wohnungsgesetz aus einem Gemisch von eingeschlossenen Gerichten, Bogenstrich, nassem Fußboden und Zimmerfluch. Sein Blick streifte gemächselig über den Briefkasten, den Gasfisch und die Tischdecke. Darauf war wie immer sein Gesicht mit aufgewartem Kaffee bereitgestellt.“ (Text continues)

Reichsfinanzkontrolle über Länder und Gemeinden.

Der Steueransuchs des Reichstages beschäftigt sich am Sonnabend mit der zweiten Lesung der Änderungen des Finanzangelehns zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Bestimmungen betreffen jedoch nur seinem Aufschuß. Der Reichsfinanzminister Dr. Döbner meinte, was das Reich jetzt will, sei ein Umwidmen von den Grundbesitz der dritten Steuerentordnung. Das Reich breche also in die Rechte der Länder und Gemeinden ein. Der Reichstag habe den Haushalt des Reiches weil über den Voranschlag erhöht. Dafür sollten viele Länder aufkommen. Die Länder wollten auch den guten Willen der Reichsregierung schenken.

Staatsrechtler in der Reichsregierung begründete die Notwendigkeit, die Anteile der Länder an den Steuerentnahmen einer neuen Regelung zu unterziehen damit, daß nach der dritten Steuerentordnung die Reparationsverpflichtungen des Reiches im Londoner Abkommen einer genauer umgrenzten Umfang bekommen hätten. Aus dieser Erklärung müßten die Konsequenzen gezogen werden. Zu diesen Konsequenzen gehörte, daß das Reich ein Viertel der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer behalte.

Der Abgeordnete Dr. Gerde (Nat.) betonte, daß der Ausbau der Länder durch Herabsetzung der Einkommensteuer und Körperschaftsteueranteile auf 75 Prozent erfordere, durch die Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer auf 35 Prozent zum größten Teile erledigt werden würde.

Annahme fand ein Antrag der Regierungspartei, wonach Gemeinden, wenn sie im Rechnungsjahr 1928 ihren Bedarf über die gewöhnliche Einnahmen in ihrem Anteil an den Einkommen- und Körperschaftsteuer durch die Landesregierungen ergänzt werden können. Die Landesregierungen und die von ihnen beauftragten Kommunalaufsichtsbehörden haben zum Zweck der Feststellung einer Ueberhörs über die Einnahmen der Länder und Gemeinden die Eingänge der überlieferten Reichssteuer, Landessteuer, Gemeindefeuern und sonstigen Abgaben vierteljährlich auszurechnen und die Aufrechnungen dem Reichsfinanzminister mitzuteilen. Der Reichsfinanzminister ist zu beauftragt, die entsprechenden Genehmigungen aufzuarbeiten über die Einnahmen und Ausgaben der Länder sowie die Einnahmen der Reichsfinanzminister auszuarbeiten und die Aufrechnungen dem Reichsfinanzminister mitzuteilen. Der Reichsfinanzminister ist zu beauftragt, die entsprechenden Genehmigungen aufzuarbeiten über die Einnahmen und Ausgaben der Länder sowie die Einnahmen der Reichsfinanzminister auszuarbeiten und die Aufrechnungen dem Reichsfinanzminister mitzuteilen.

Die italienische maximalistische sozialistische Partei in Palermo erklärt, daß sie dem Vorschlag des Vinspartei, die Reichsfinanzkontrolle über Länder und Gemeinden zu beenden, zustimmen. Sie wolle einen Antrag des Abgeordneten Dr. Gerde (Nat.) angenommen, wonach Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes gemeindliche Getränkesteuer noch nicht erhoben, solche auch nicht erheben dürfen. Sofern Gemeinden bei Inkrafttreten dieses Gesetzes gemeindliche Getränkesteuer erhoben, dürfen sie nicht über die bisherigen Sätze hinaus erhöhen. Gemeinden, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes Steuern auf Wein, Branntwein, Bier und sonstigen Getränken erhoben, dürfen sie nur bis zum 31. März 1927 erhöhen. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Die italienische maximalistische sozialistische Partei in Palermo erklärt, daß sie dem Vorschlag des Vinspartei, die Reichsfinanzkontrolle über Länder und Gemeinden zu beenden, zustimmen. Sie wolle einen Antrag des Abgeordneten Dr. Gerde (Nat.) angenommen, wonach Gemeinden, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes gemeindliche Getränkesteuer noch nicht erhoben, solche auch nicht erheben dürfen.

Auf der Rückseite einer Kofferordnung schrieb er ihrem Vater von dem, daß sie, höhere Ziele fähig, den freien Pfad zur Kunst beschritten habe. Während er diese Zeilen lieh — sie lieh ihn auf der Fahrt nach Landshut...“ (Text continues)

Der Mann war nicht klein, wenn sich das kühne Gevülle von zwei Kanarienvögeln unter dem Hüde und über dem Tisch Kraß geben hätte. Ich habe das Gefühl und das Öhrenflüstern schon herausgehört. Ich danke dafür.“ (Text continues)

„Ich bin verrückt geworden...“ (Text continues)

Herr Söman schüttelte auf seinen Kopf jedes Paar eingen zu Berge setzen. Er lag ihm sehr mit Kanarienvogel, Landshut und Westfalen zurück. Er sah seine Tochter im Geisse aus der Bahnhofshalle hinausfahren, überlegte dabei die Kilometerzahl bis Landshut und rechnete den hohen Fahrpreis aus. Wie sie nur das Geld herausbringen? Aber ihr Kaffee werde auf ihn zurücktragen? Er sah den Schein einer Atomatomgranatenarterne auf sein Antlitz gerichtet und erwiderte sich in diesem Licht...“ (Text continues)

Die Schmiere.

Eine weitere Komödiantengeschichte von Ernst Hoyerhitz.

„Alte, das noch nie ein Held so nahe war, empfand seine Worte wie Liberton und bekam wieder Kraft und Stärke: „Lebzeitpaß, was geht mich dieses hysterische Franzengemine an?“ (Text continues)

„Was ich hyperisch — frage ich?“ kam es zurück. „Ander, leid mal endlich stille!“ Der Held fand jetzt wie eine Brühlentz zwischen den beiden Göttern.

„Da soll man ruhig sein, wenn sich das hübsche Gevülle von zwei Kanarienvögeln unter dem Hüde und über dem Tisch Kraß geben hätte. Ich habe das Gefühl und das Öhrenflüstern schon herausgehört. Ich danke dafür.“ (Text continues)

„Eingefallen Sie, ich wollte ja noch der Erde.“ (Text continues)

